

Abt. Leitende Organe der Partei
und der Massenorganisationen

Berlin, den 12.6.1953
– 14 Uhr –

T a g e s b e r i c h t Nr. III

II. Stimmungsbericht zum Kommuniqué des Politbüros vom 9.6.53

Die Veröffentlichung des Kommuniques des Politbüros hat in der Bevölkerung sensationell gewirkt. Überall waren die Tageszeitungen in wenigen Stunden vergriffen. In den Betrieben, Verkehrsmitteln, auf den Straßen usw. kam es zu leidenschaftlichen, spontanen Diskussionen. Das Reagieren der Bevölkerung ist sehr unterschiedlich. Eine tiefgehende, genaue Einschätzung der Stimmung in den einzelnen Bevölkerungsschichten ist aufgrund der oftmals oberflächlichen und schönfärberischen Berichte vieler Bezirksleitungen (z.B. Neubrandenburg, Leipzig) noch nicht im notwendigen Maße möglich.

Es zeigen sich besonders folgende Richtungen in der Diskussion:

1. Bei vielen kommt eine gewisse Schadenfreude zum Ausdruck, daß die SED mit ihrer Politik nicht mehr durchkomme und von den Massen zum Rückzug gezwungen wurde.

Z.B. Buna-Werk:

„Die Partei kommt nicht weiter und muß darum die Kapitalisten entschädigen.“

„Jetzt haben wir in der DDR den Staatsbankrott“
(Koll. W., K. und St.).

VEB Bergmann-Borsig:

„Jetzt haben sie oben erkannt, daß sie am Ende sind.“
(Brigadier N.)

VEB-Wertdruck, Krs. Friedrichshain:

„Die jetzigen Zugeständnisse sind ein Zeichen großer Schwäche und Unfähigkeit der dafür verantwortl. Stellen. Um die Einheit Deutschlands zu erreichen, hätte man im voraus wissen müssen, daß die herausgegebenen Anordnungen nie dazu führen können.“

2. Die SED redet auch so, wie es gerade gebraucht wird. Man weiß doch gar nicht mehr, wo man dran ist:

VEB Bergmann-Borsig:

„Jetzt kommt die SED und will einem wieder Marmelade und Honig ums Maul schmieren.“

EAW-J.W.Stalin:

“Koll. M., was hast du nur für Informationen erhalten, heute so, morgen wieder anders, immer so, wie es gebraucht wird.” (Meister M. zum Agitator M.)

3. Was im Kommuniqué gesagt wird, ist ja ganz gut und schön, aber erst mal sehen, wie es durchgeführt wird:

Kreis Seelow:

Daß wir wieder Lebensmittelkarten bekommen, ist gut, aber zu den anderen Maßnahmen haben wir noch kein festes Vertrauen“ (mehrere Geschäftsleute).

Kreis Fürstenberg:

„Die Bauern wären schön dumm, wenn sie wieder

| | | |
|--|-------------------------|---|
| <i>Bundeszentrale für politische Bildung</i> | <i>DeutschlandRadio</i> | <i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i> |
|--|-------------------------|---|

zurückkämen. Das ist doch alles nur ein Lockmittel, um die, die zurückkommen, wieder einsperren zu können.“ (Bäuerin F.)

EAW-J.W.Stalin:

„Wartet die BZ „Am Abend“ ab, vielleicht ändert sich bis dahin wieder was.“ (Koll. W.)

4. Viele Stellungnahmen bringen Unverständnis über das Kommuniqué oder einzelne darin vorgeschlagene Maßnahmen zum Ausdruck. (Warum müssen wir jetzt eine solche Wendung machen, Entschädigung der zurückkehrenden Republikflüchtigen und der Großbauern, Änderung der Kreditpolitik):

Gen. M., Krs. Treptow:

„Das Kommuniqué des Politbüros wurde darum erlassen, weil jetzt Wahlen in Westdeutschland stattfinden, damit drüben besser diskutiert werden kann.

Die KPD hat auch darauf gedrungen, weil die Republikflüchtigen in Westdeutschland sehr schlecht über uns sprechen.“

Von einigen Koll. (z.B. Thälmann-Werk Magdeburg) wird diskutiert, daß jetzt diejenigen, die eine Wohnung von Republikflüchtigen bekommen haben, dieselbe wieder zurückgeben müssen. Von Mitarbeitern im Staatsapparat wird die Auffassung vertreten, daß man im Staatsapparat keine Fehler gemacht habe, sondern nur die internationale Lage diese Maßnahmen verlange. So sagen z.B. Instrukteure des Finanzministeriums: „Jetzt, wo eine Veränderung in der internationalen Situation eintritt, verändern wir auch unsere Steuerpolitik.“ Andere diskutieren besonders auch die Frage, wer die Kosten, die durch die Rückkehr der Republikflüchtigen entstehen, übernimmt.

Aus vielen Betrieben werden Diskussionen berichtet, daß jetzt sicher auch mit der Normerhöhung wieder Schluß gemacht werde (z.B. Ernst-Thälmann Werk und K.-Liebknecht-Werk Magdeburg, EAW J.W. Stalin EKB Bitterfeld).

In den Berliner Betrieben wird die Frage gestellt, ob die Entlassung der Westberliner Kollegen rückgängig gemacht wird, wobei viele Westberliner ihre Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß das ZK auch diese Verfügung ändert.

5. Zum Teil treten auch Diskussionen auf, daß das ZK die Fehler hätte vermeiden können, wenn es schon früher auf die Massen gehört hätte. So sagte z.B. Koll. P. aus Treptow: „Die im Beschluß festgestellten ernstesten Fehler wurden von uns schon lange kritisiert. Aber man wurde als Querulant und Quertreiber bezeichnet.“

6. Unter den Mitgliedern der LPG's ist eine allgemeine Unsicherheit zu bemerken, viele verstehen die Maßnahmen in Bezug auf die Großbauern nicht (z.B. Roßlau und Hettstedt). Es gibt Auffassungen, daß die LPG's bei der Rückkehr der Großbauern auseinanderfallen (LPG Parchen, Krs. Burg). Andere Genossenschaftsbauern (Bez. Leipzig) sind der Meinung, daß ihnen die Felder der devastierten Betriebe wieder abgenommen werden.

Die Genossenschaftsbauern der LPG Nobis, Krs. Altenburg, wollten deshalb bereits die Arbeit niederlegen.

In der LPG Leppin, Krs. Seehausen, legten heute früh Genossenschaftsbauern die Arbeit nieder. Ihre Argumente waren: „Es hat keinen Zweck mehr, der Ami kommt doch bald. Für die Großbauern wollen wir nicht mehr arbeiten, wir wollen keine Sklaven sein.“

| | | |
|--|-------------------------|---|
| <i>Bundeszentrale für politische Bildung</i> | <i>DeutschlandRadio</i> | <i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i> |
|--|-------------------------|---|

Es gibt dabei aber auch eine Vielzahl von Beispielen, wo das Kommuniqué von Einzelbauern begrüßt wird. Bauer Hoffmann aus Seelow sagte z.B.: „Heute habe ich wieder Hoffnung geschöpft, bis gestern hatte ich nur eine Perspektive, entweder im Herbst abzuhausen, oder als Wirtschaftsverbrecher abgeurteilt zu werden.“ Der Großbauer Giebel aus dem Kreis Delitzsch, der kurz vor der Übergabe seines Betriebes stand, hat sofort nach Bekanntwerden des Kommuniqes seine Arbeit wieder aufgenommen und mit seiner Familie mit Rübenziehen begonnen.

Von Eisenach wird mitgeteilt, daß Großbauer A. aus Farnroda, der vor 14 Tagen republikflüchtig wurde, heute geschrieben hat, daß er wieder zurückkommen möchte. Dasselbe telegraphierte eine republikflüchtige Bäuerin aus Werder, Kreis Straußberg.

7. Es gibt nicht wenige Stimmen, die das Kommuniqué des Politbüros begrüßen. Sie betonen besonders, daß das offene Anerkennen der Fehler die Stärke der Partei zum Ausdruck bringt und den Weg zu einer weiteren Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung erschließt. In einige Fällen wird auch betont, daß die angekündigten Maßnahmen der Verstärkung des Kampfes um den Frieden und der Herstellung der Einheit Deutschlands dienen. Von den einzelnen Maßnahmen werden besonders positiv diskutiert die Regelung der Fahrpreisermäßigung, die Erleichterung im Interzonenverkehr, die Preisherabsetzung für zuckerhaltige Waren (besonders unter den Rentnern) und die Kredit- und Steuermaßnahmen, von denen sich besonders Handwerker und Geschäftsleute einen allgemeinen Aufschwung des Geschäftslebens versprechen. Handwerker und Geschäftsleute im Kreis Havelberg erklärten: „Wir begrüßen die Maßnahmen des ZK und sind der Meinung, daß sich unsere Umsätze wieder erhöhen, da doch viele Geschäftsleute schon soweit waren, daß sie ihre Geschäfte der HO bzw. dem Konsum zur Verfügung stellen wollten.“

Vom Magistrat Groß-Berlin, Abt. Industrie, wird mitgeteilt, daß nach Bekanntwerden des Kommuniqes viele Handwerker und Kleingewerbetreibende, Fuhrunternehmer usw. anriefen und fragten, wann und an welche Stelle sie sich wenden können, um ihre Wünsche anzubringen.

In einigen Betrieben drückt sich die Zustimmung der Werktätigen in freiwilligen Normerhöhungen aus (KWK-Adlershof, VEB-Guß-Ükermünde, VEB-Guß Torgelow, VEB-Fortschritt, Kleiderwerke, VEB-Feinmess Suhl).

8. Die Berichte zeigen, daß ein großer Teil der Mitarbeiter des Parteiapparates die Bedeutung des Beschlusses des Politbüros und seinen prinzipiellen Inhalt noch nicht in vollem Umfange begriffen hat.

Zwar wird von der Mehrzahl der Mitarbeiter diskutiert, daß dieser Beschluß die Stärke der Partei zeigt, die in aller Offenheit ihre Fehler zugibt und korrigiert, und daß der Beschluß den Weg öffnet, das Vertrauen der Massen zur Partei zu festigen. Von einigen Parteiarbeitern wird jedoch das Kommuniqué nicht richtig verstanden und lediglich als taktische Maßnahmen eingeschätzt. Diese Genossen sind der Meinung, daß die Partei keine Fehler gemacht hat, sondern aufgrund der internationalen Situation dem Klassegegner Zugeständnisse machen mußte. Andere Mitarbeiter und Parteifunktionäre sehen in erster Linie im Beschluß ein Zurückweichen, weil mit diesen Maßnahmen Elementen wie Großbauern und Großhändler, die uns feindlich gegenüberstehen, entgegengekommen wird. Parteifunktionäre aus Leipziger Betrieben (VEB Galvano, Techn. und andere) bezeichnen den Beschluß als einen Schritt vorwärts und zwei Schritt zurück.

| | | |
|--|-------------------------|---|
| <i>Bundeszentrale für politische Bildung</i> | <i>DeutschlandRadio</i> | <i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i> |
|--|-------------------------|---|

In einer Reihe von Fällen wurde auch von Parteifunktionären das ZK kritisiert. Der Genosse V., Mitgl. der Kreisleitung Schönebeck, diskutiert: „Wir kommen bei dieser Politik nicht mehr mit, einmal rein in die Kartoffeln, einmal raus aus den Kartoffeln. Das ZK macht die Fehler, und wir müssen sie ausbaden.“ Mitarbeiter im Apparat der BL Halle und Erfurt äußerten, diese Fehler konnten nur passieren, weil das ZK über die Lage und über die Stimmung der Bevölkerung ungenügend informiert war. Mitarbeiter der Ministerien brachten zum Ausdruck, daß verschiedene Beschlüsse der Partei von ihnen bisher nicht verstanden wurden, sie scheuten in der Vergangenheit davor zurück, die tatsächliche Stimmung in den Betrieben offen zu signalisieren, weil sie fürchteten, deswegen hart kritisiert zu werden.

Im Kraftwerk Klingenberg diskutierten die Genossen: „Wir haben doch recht gehabt, daß viele Maßnahmen nicht richtig waren, und es wurde Zeit, daß das ZK endlich auch dahintergekommen ist.“ Einige Genossen gingen in der Diskussion noch weiter und forderten die Bestrafung der Schuldigen (Gen. W., Sekr. i.d. Grundorganisation Sachsenwerk-Niedersednitz) oder sogar die Neuwahl der Leitungen bis zum ZK (Gen. S., Mitgl. d. Parteileitung Karl-Marx-Werk Pösnitz).

Weit verbreitet, selbst bei leitenden Genossen, zeigt sich Unsicherheit oder sogar Ratlosigkeit. Der Gen. Presgot, 1. Sekretär von Querfurt, verlangte z.B. von der Bezirksleitung den genauen Wortlaut des Kommuniqués, da er es nicht fassen konnte, daß von Seiten des ZK und der Regierung solche ernsten Fehler gemacht worden seien. Genossen aus dem Stahl- und Walzwerk Riesa erklärten: „Damals, als die neue Fahrpreisregelung kam, gab es harte Diskussionen unter den Kollegen. Wir vertrauten auf den gerechten Beschluß des ZK's. Als wir heute nach Bekanntwerden des neuen Beschlusses wieder vor den Kollegen standen, waren wir deprimiert. Die Kollegen, die damals dagegen waren, sind heute obenauf. Das ist für uns kein schönes Gefühl.“ Andere Genossen wie der Gen. Th., Konsum Seelow, brachten zum Ausdruck: „Ich weiß jetzt überhaupt nicht mehr, was ich dazu sagen soll, ich komme einfach nicht mehr mit.“ In einem Fall wurde bisher gemeldet, daß ein Genosse (SAG-Bleichert, Leipzig) seinen Austritt aus der Partei erklären wollte, weil er mit dem Kommuniqué des Politbüros nicht einverstanden sei.

Eine Anzahl der Genossen versteht die Maßnahmen der Partei gegenüber den Großbauern, der „Jungen Gemeinde“ und den Republikflüchtigen nicht. Der Genosse E., MTS-Leiter Sachsendorf, sagte: „Ich verstehe das nicht, wir weichen vor der „Jungen Gemeinde“ zurück, und der Pfarrer läuft soeben den ganzen Tag durchs Dorf und lacht uns aus. Auch in der Frage der Körperertüchtigung komme ich nicht mit. Erst gehen wir einen Schritt vorwärts und jetzt wieder zurück. Man sollte sich das eher überlegen.“

Es gibt auch bestimmte Strömungen, die ein mangelndes Vertrauen zur Partei und zum ZK zeigen. Der Genosse Schulrat Steinkopf aus Königswusterhausen sagt: „Alle Maßnahmen der Partei waren bisher richtig und wurden nicht angezweifelt. Kann man noch Vertrauen zum ZK haben, wenn sich Maßnahmen der Partei als unrichtig erweisen? Der Genosse K. vom Rat des Stadtbezirkes Pankow (bereits vor 1933 organisiert) sagt: „Dieses Kommuniqué ist ein Ausdruck dafür, daß wir in der Partei nur Ja-Sager haben. Wir müßten doch in der Lage sein, eine Politik für längere Sicht als nur für 8 Wochen zu machen.“

9. Nach den uns vorliegenden Berichten beschränkt sich die Feindarbeit gegenwärtig auf Gerüchtemacherei und feindliche Äußerungen einzelner Personen. Es sind in der Hauptsache folgende Elemente:

1) Gerüchte über Verhaftungen, Flucht oder Tod der Genossen Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht. Dresden: „Otto Grotewohl und Walter Ulbricht mußten

| | | |
|--|-------------------------|---|
| <i>Bundeszentrale für politische Bildung</i> | <i>DeutschlandRadio</i> | <i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i> |
|--|-------------------------|---|

zurücktreten, wenn die Volksmassen nicht so geputscht hätten, wäre es nicht zu dieser Änderung gekommen.“

Im Stadtgebiet Torgau wurde nach dem Bericht der Bezirksleitung Leipzig dasselbe Gerücht in kleineren Gruppen diskutiert. Die LPG Salzmünde im Saalkreis hat ein feindliches Schreiben aus Halle bekommen, in dem die Gerüchte über die Internierung des Genossen Wilhelm Pieck in die SU und die Verhaftung des Gen. Walter Ulbricht verbreitet wurden.

2) Gerüchte über Differenzen in der Parteiführung und zwischen der Regierung und Partei. Kreis Saalfeld und Pösnik: „Der Genosse Walter Ulbricht weigerte sich angeblich, den neuen Beschluß zu unterschreiben und habe sein Amt als stellv. Ministerpräsident niedergelegt. Diese Maßnahmen seien unter Druck des Genossen Otto Grotewohl zustande gekommen.“

3) Eine Reihe von Gerüchten stehen in Verbindung mit dem Tod des Genossen Stalin: „Stalin ist tot, und damit wurde der radikale Kurs in der Politik geändert.“ In Berlin-Köpenick wurde diskutiert: „Jetzt ist Stalin weg, jetzt machen sie nur Fehler.“

gez. Karl Schirdewan

[Quelle: SAPMO-BArch, NY 4062/92, Bl. 3-10; Namen von den Hg. anonymisiert.]

| | | |
|--|-------------------------|---|
| <i>Bundeszentrale für politische Bildung</i> | <i>DeutschlandRadio</i> | <i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i> |
|--|-------------------------|---|